

530 1331 3984 6679
19697 21704 22633
3325 34511 34804
8363 40120 40486
6328 57295 57614
6571 76782 76828
070 90721 und 94875;
841 2287 2456 5185
16481 17201 17453
7777 28098 32484
8555 38674 38929
0414 51399 51681
1023 62905 64769
3130 73271 76020
0024 80093 83493
3400 u. 93736.

Fortsetzung der Be-
m. Nicht in längerer
sten Bismard entgegen-
gefordert hatte, seinen
Minister, die Meinung
Grundsteueranlegung
des Fürsten Bismard;
s verwies das Ver-
n von 28 Mitgliedern
und Bamberger seien
Gegner des Tabak-
die der Einführung des
n könnten, was das
Der vorgeschlagenen
den hohen indirecten
directer Steuern gegen-
 könne Norddeutschland
ppen zerreißen.
s Lehteres entschieden
terts und empfahl eine
eine Commission. Die
zu befehligen. Ham-
Conservativen von der
ständen voll und ganz
ers.
auschluß nahm heute
tation an, mit welchem
te.

mbahn.
1,26++ f. 12.--. 12.51
9.27. 10.43. 11.34+.
3. 6.33. 9.30.
4.41. 6.41. 9.38
6.23 9.57+

chten,
waren
ergerfellen
sagt wo.

Schreinergefelle
bei
th. Arg.
nd Möbelkreiner,
b. Th. R. Jülich.

Gebülfe zum so-
geschult.
oben, Sattlermeister
in Dormagen.

er Schmiedge-
mann in Anstel.

gefelle, der gute
selbstständig arbeiten
geschult.

ergerfelle gesucht.
e Exp.

ckerlebrling auf
Peter Esser in.

beling auf sofort
sagt wo.

nabe als Schu-
gefucht.
rrings, Oberstr.

verheirateter Mann,
rbeit versteht, sucht
necht. W. J. v. G.

ndgut wird Anfan-
e Köchin gesucht.
Küche versteht und
Verhältnissen ver-
euerungsge erforderlich.
uo.

se mit Kälbern zu
immer Nr. 15.

nnate mit Geld
G.

Nr. 30.

Dinstag, 8. Februar (Johann v. M.)

1881.

Neuß-Grevenbroicher Zeitung.

Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
Preis pro Quartal: in Neuß in's Haus gebracht und aus-
wärtig an der Post abgeholt 1 Mark 75 Pf. = 17½ Sgr.

Verantwortlicher Redacteur: Jos. Glö.
Druck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei zu Neuß: P. M. Schmitz.
Expedition: Neuß, Markt.

Inserate für die nachfolgende Nummer werden bis 7 Uhr
am Vorabend erbeten; Preis für die 5-spaltige Zeile oder
deren Raum 15 Pf. = 1½ Sgr.

Amtliches.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht:
Dem Oberlandesgerichtsrath Schmitz in Köln den Charakter
als Geheimen Justizrath zu verleihen; den Gerichtsassessor Dove
in Münster zum Amtsrichter zu ernennen und den Bergrevier-
beamten, Bergmeister Schröder zu Essen und Höckst zu Attendorn
den Charakter als Bergath zu verleihen.
Beruft sind: der Landgerichtsrath Dr. Merrem in Elberfeld
an das Landgericht in Köln, der Amtsrichter Ritter in Merzig
als Landrichter an das Landgericht zu Trier.
In die Liste der Rechtsanwältinnen ist eingetragen: der Gerichts-
assessor Brand bei dem Landgericht in Bielefeld.

Landtagsverhandlungen.

OPC. Berlin, 5. Febr. Die erste Beratung des Ver-
wendungsgegesetzes wurde heute im Abgeordnetenhaus
zu Ende geführt. Der erste Redner Abg. Richter verwahrte sich
zunächst dagegen, daß seine Partei die Reg. aus anderen als
sachlichen Gründen bekämpfe und die Landwirtschaft als Stief-
kind behandeln wolle, und suchte dann zu beweisen, daß die neue
Wirtschaftspolitik weber der Landwirtschaft, noch irgend einem
Industriezweig genügt habe. Wo ein Aufschwung sich gezeigt,
sei er entstanden trotz der Zölle. — Das Verwendungsgegesetz
sei unbedingt abzulehnen, weil es ein Hindernis der Finanzreform
sei, die konstitutionellen Einrichtungen gefährde und auf einen
indirecten Steueretat hinarbeite, mit dem man nicht rationell
wirtschaften könne. Die Ueberweisung von Steuern an die
Kommunen sei ein zweifelhaftes Geschenk und würde namentlich
die größeren Städte fast gar nicht entlasten. Das Finanzprogramm
des Reichstages sei — das konservative sei ja seit gestern von
seinem Interesse mehr — stehe in Widerspruch mit dem Ver-
wendungsgegesetz; mache den Stamm der direkten Steuern so klein,
daß er die Schwankungen im Etat nicht ausbalancieren könne, und
werfe einen Eisensack in die deutsche Einheit, da der Norden
gegenüber dem Süden in unverhältnismäßig hohem Maße zu den
indirecten Steuern beitragen müsse. Nachdem Finanzminister
Bitter jede Meinungsverschiedenheit zwischen ihm und dem
Reichstagsrat bezüglich der Grund- und Gebäudesteueranlegung
und Steuerreform in Abrede gestellt hatte, wandte sich General-
steuerdirector Vargart gegen die gestrigen Ausführungen des
Abg. Richter und der heutigen des Abg. Richter. Der erstere habe
den Fürsten Bismard durchaus mißverstanden, dieser denke nicht
daran durch Reichsteuern für die Bedürfnisse der Kommunen zu
sorgen. Das vorliegende Gesetz sei nötig, wenn man die Steuer-
reform im Reich überhaupt durchführen wolle. Die Regierung
stimme zwar keinem der entwickelten Steuerreformprogramme bei,
indef billige sie die Idee der rechten Seite, eine Capitalsteuer ein-

zuführen, um aus deren Revenuen andere Steuern herabzusetzen.
Wenn man den Kommunalverbänden Zuwendungen mache, intendire
man keineswegs die Kommunen der Selbstverwaltung zu berauben.
Hierauf erklärte der Abg. Frhr. v. Hammerstein, Namens der
konservativen Partei, sich im Anschluß an die vorgestrichene Rede des
Abg. v. Webell-Malchow für die hauptsächlichsten Vorschläge des
Gesetzes. Die Reichsteuerreform würde gerade den wichtigsten
Kitt abgeben für die Verbindung der verschiedenen Bestandteile
des Reichs. Dieser Reform würde durch Annahme des Ver-
wendungsgegesetzes ganz und gar nicht präjudiziert. Die konservative
Partei wisse sich mit dem Reichstagsrat in ihrem Ziele völlig eins,
und auch dieser sei sich bewußt, ohne deren Hilfe, seine Pläne
nicht durchführen zu können. Das Kapital, das ja einen durch-
aus internationalen Charakter trage, müsse mehr herangezogen
werden, wenn man auch nicht die Absicht habe, den Großgrund-
besitzer besser zu halten als den Kapitalisten. — Die Vorlage
wurde darauf einer befondern Commission von 28 Mitgliedern
überwiesen und sodann in die 2. Beratung des oberdeutschen
Notenbankgesetzes getreten. Nach der Vorlage sollen der
Regierung bis 16 Mill. zur Verfügung gestellt werden, um die
wirthschaftliche Lage im Regierungsbezirk Oppeln zu heben. Abg.
v. Ludwig hat dagegen einen Antrag eingebracht, wonach der
Regierung alljährlich diese Summe zur Verfügung gestellt
werden soll zur Hebung der wirthschaftlichen Lage in den jedesmal
am meisten nothleidenden Theilen der Monarchie; die erste Zu-
wendung erfolgt im Regierungsbezirk Oppeln. — Zunächst wurde
die Summe, welche zu Ent- und Bewässerungszwecken verwendet
werden soll, beraten (bis zu 10 Mill. als Darlehen an öffent-
liche Genossenschaften). Abg. Sombart hätte auch gern Be-
willigungen zu Drainage in weiteren Bezirken, so wie mehr
Mittel zur Hebung der Viehzucht durch Viehbanu gewünscht, und
bat, daß man die Arbeiter aus den am schlimmsten getroffenen
Regionen nehmen möge. Abg. Dr. Gölke fand zwar in dem
Ludwigschen Antrage einen guten Gedanken, glaubte aber, eine
jährliche Bewilligung von 16 Mill. werde einen Nothstand förm-
lich zücken, und zudem werde man das Geld nicht haben. Abg.
v. Ludwig begründete seinen Antrag damit, daß die Landwirth-
schaft allgemein darniederliege und für die Erhaltung der Vieher
etwas geschehen müsse. Wollte man keine absolute Ungerechtigkeit
statuieren, so müsse man eben nach und nach allen denjenigen
Gegenben, welche ebenso wie die Oberdeutschen, namentlich durch Wasser,
in Noth gerathen könnten, hilfreich zur Seite stehen. Solcher
Gegenben gäbe es noch sehr viele. Sein Antrag hindere durch-
aus nicht die gegenwärtige Vorlage für Oberdeutsche.

Abg. Zaruba tabelte die Art, wie die Drainage bisher
durch die Unternehmer ohne die gebührende Sorgfalt schablonenhaft
ohne einheitlichen Plan ausgeführt worden. Arbeiter und Unter-
nehmer müßten ferner unter einer kräftigen Leitung stehen, etwa
der Kreisvorstände, und erstere mehr geschützt werden. — Minister
Lucius betonte dem Abg. Sombart gegenüber, daß die Regie-
rung die Vorlage nach genauerer Prüfung und Hinzuziehung tüch-
tiger Kräfte gemacht habe; Abg. Sombart habe die Vorlage theils
mißverstanden, theils sei nach den Grundsätzen gehandelt, die er
geltend gemacht, speciell seien die Arbeiter aus den Nothstands-
distrikten genommen. Der Antrag v. Ludwig könnte die Vorlage
in Gefahr bringen und würde vielleicht besser später als selbst-
ständiger Antrag eingebracht. — Abg. v. Knefelde sah den
Hauptgrund der Nothlage in dem Mangel an Bildung und Kul-
tur, an dem die Regierung nicht schuldlos sei, und hätte lieber
mehr zu Schulzwecken verwendet gesehen; besonders müsse dem
Rückgang der deutschen Sprache entgegengekehrt werden. —
Abg. Conrad (Plef), der beantragte, daß die Darlehen statt
nach 5 Jahren erst nach 8 verzinst und getilgt werden sollen,
führte aus, daß die Zustände jener Gegenden eine so baldige
Zurückzahlung kaum möglich erscheinen ließen. Die 10 Mill.
für Drainage seien sehr erwünscht, auch für Wege, namentlich
für Bismarckstraße hätte etwas geschehen sollen. Dem Theilungs-
unwesen müsse entschieden gesteuert werden, wenn dem Landmann
nicht alle Spannkraft, sich emporzuarbeiten, verloren gehen solle.
Die Steuern und Schulkassen seien in jenen Gegenden fast un-
erträglich. Sodann wurde diese Summe bewilligt, nachdem Abg.
v. Ludwig seinen Antrag zurückgezogen hatte. — Ein Antrag des
Abg. v. Ludwig, wonach auch zur kostenfreien Beschaffung von
Düngemitteln Geld zur Verfügung gestellt werden soll, wurde ab-
gelehnt. — Bei Beratung der Bestimmungen, wonach für die
Flussregulirungen 800 000 M. verlangt werden, beklagte Abg.
Münzer die Geringfügigkeit dieser Summe im Vergleich zu der
für Drainage bewilligten. Die Flussregulirungen könnten auf
diese Weise nur provisorische Hilfe bringen, während man mit
der Drainage der Noth effektiv abhelfen wolle. Redner tabelte
ferner, daß nicht klar bestimmt sei, wo regulirt werden sollte. —
Reg.-Commissar Dr. v. Bitter (der Verfasser des Berichts über
die Lage in den Nothstandsdistrikten) bemerkte, das allgemeine
Oberregulirungsprojekt begegne großen Schwierigkeiten und sei noch
nicht fertig gestellt. — Abg. Zaruba schilderte in ergreifender Weise
die Leiden, welche die Einwohner des Natiborer-Kreises und besonders
des Dorfes Mawa in Folge der Wassernoth zu leiden hatten. — Abg.
Schröder (Bismarck) polemisirte in Anlehnung an einen Artikel
der Börsen Zeitung gegen diejenigen, welche die materielle Be-
hülfe den Oberdeutschen vorenthalten wollten, bis diese aus ihrer
„geistigen Armut“ befreit wären. Indem er das Dasein einer
solchen in Abrede stellte, erklärte er auch den Gegensatz zwischen
deutschen Protestanten und kathol. Polen für durchaus unzutreffend.
— Abg. Dr. Meyer (Breslau) erbat staatliche Beihilfe zur
Regulirung der Glaser Reiffe, während Abg. v. Liebermann
für eine Verbesserung im Telegraphenwesen und eine Vermehrung
der Oberkähne eintrat, und Abg. Dr. Franz in eindringlicher
Weise die Anwendung größerer Zuschüsse für die Schulen des
Bezirks Oppeln befürwortete. Das Gesetz wurde darauf ange-
nommen und im Anschluß daran der Entwurf über die Beihilfe-
ung des Staats bei dem Bau einer Eisenbahn von Hybnitz nach
Sobrow, von Oppeln nach Reiffe und von Kreuzburg nach Lub-
linitz. — Abg. Frhr. v. Huene wies bei dieser Gelegenheit die
bei Beratung des Budgets von fortschrittlicher Seite ausge-
sprochene Inimination, daß bei Anlage der genannten Linien die
Großgrundbesitzer vor den kleineren bevorzugt seien, mit Ent-

Ein Vermächtniß.

Original-Novelle von E. Knafus.

(Fortsetzung.)

49)
Raum hatte Judith sich entfernt, so kniete ihre Mutter zu Jo-
hanna's Füßen, die sich umsonst bemühte, sie auf den Platz an
ihre Seite zu ziehen und erst auf die heftigste Bitte damit nach-
ließ. Aber sie beugte sich zu der Weinenden und sagte so beschwä-
tigende, liebende Worte, daß diese sich allmählich beruhigte und
von Frau Arton in ein ruhiges, besonnen überlegendes Gespräch
gezogen wurde. Pläne wurden gemacht, Entschlüsse gefaßt, die
das Herz der Matronen raucher schlagen ließen, die Begeisterung
der Jugend kam über sie Beide, den es wehte und glühte und
wirkte in ihnen das Feuer der ewigen Liebe, in der Alles neu,
Alles gut wird. Sie reichten sich die Hände in jener christlichen
Gefinnung, die des armen, darbenenden Nächsten liebend gedenkt,
die um den Willen Gottes zu erfüllen sich der Armen und Ver-
lassenen annimmt. Die einfache Ausübung christlicher Gebote ver-
einigte zwei Herzen in himmlischem Wirken auf Erden, die nach
den Grundfäden der Welt sich feindlich und bitter gegenüberstan-
den und in gegenseitiger Abneigung fern geblieben waren.
Gräfin Mooren war die zweite Frau des Herrn Arton. Sie
hatte sein ganzes Vermögen geerbt, das hatte seine geistliche Rich-
tigkeit durch sein Testament. Und doch hatte sich die Gräfin schwer
gegen die erste Frau ihres Mannes verkehrt, auch was die Erb-
schaft betraf.
Herr Arton liebte seine zweite Frau mit eifersüchtiger Leiden-
schaft, und in einer solchen Anwendung ließ er sie während seiner
lesten Krankheit schwören, wenn sie sich wieder nach seinem Tode
verheirathe, die Hälfte des großen, ihr allein vermachten Ver-
mögens seiner ersten Frau abzugeben. Er verlangte dies mit einer
so zwingenden, beherrschenden Heftigkeit, daß an eine Weigerung
der jungen schönen Frau nicht zu denken war, seine jornige Lau-
nenhaftigkeit würde sich gegen sie gerichtet und sie vielleicht ganz
entehrt haben.
Die junge Frau erfüllte sein Verlangen, und zwar ließ er sie
zu drei wiederholten Malen den Schwur ablegen, ehe er sich beruhigte.
Bald darauf starb er.
Die junge Wittwe gefiel sich in ihrer Unabhängigkeit so wohl,
daß sie anfangs gar nicht ans Heirathen dachte. Unschwärmte von
Berechnen fand sie Vergnügen darin, Subsidien zu empfangen,

ohne ihre Freiheit dadurch einzubüßen. Umgeben von raffiniertem
Luxus, war sie in ihrem Leidstinn voll auf beschäftigt mit Bus,
Gesellschaften, Unterhaltungen, keine Anwendung von Langweile
bedrückte sie in dem bunten, sie in Anspruch nehmenden Wechsel
dieses Treibens. Von Natur fröhlich und gesund, genoß sie mit
vollen Jügen die Vorzüge, welche Reichtum, Schönheit, Geschmack,
die Liebe und das Verstandniß für Kunst und Talent gewähren.
Sie war eine Art Göthe für die Gesellschaft, so glänzend erschien
sie im Salon.
Graf Mooren lernte sie kennen und für sich begehren, nicht
weil er sie irgend mehr geliebt hätte als jede andere glänzende
Ercheinung. Seine Fähigkeit zu lieben, hatte Felice nach gerufen,
mit ihr ward auch diese wieder entzündet.
Frau Arton war eine Frau für den Salon des Diplomaten,
sein Herz verführte sie nicht, das regte sich erst nach Jahren wieder,
als die kleine Judith ihn anlächelte und dieses Lächeln ihn an
Felice erinnerte.
Frau Arton hingegen wurde geblendet von dem sichern, stol-
zen und doch gewinnenden Benehmen des Grafen, von seiner in-
ponirenden, hervorragenden Gestalt, von seinem Adel, seinen Aus-
sichten; — er gefiel ihr und nicht bloß das — sie liebte ihn sehr
bald mit der ganzen Heftigkeit, die ihr eigen sein konnte, wenn
sie sich angezogen oder abgestoßen fühlte. Daß man in der Welt
lagte: Frau Arton werde sich nie wieder vermählen, genirte den
Grafen nicht, er lachte über vergleichene weibliche Vorzüge. Ge-
sechs Wochen vergingen, war die reiche Wittwe seine Braut, und
ehe nochmals vier Wochen vorüber gingen, war sie seine Ge-
mahlin.
Dachte sie nicht an ihren Schwur? Doch — aber sie drängte
den Gedanken zurück und dachte nicht daran ihn zu halten; über-
dies mußte sie ja gar nicht, wo die erste Frau Arton sich aufhalte
— und sie erkundigte sich auch nicht darnach, sie hatte weder Lust
noch Willen es zu erfahren. Und war das Ganze nicht eine Art
tranker fester Idee von ihrem verstorbenen Manne! Daß sie ihm
nachgegeben und geschworen, war recht, sogar Pflicht in Rück-
sicht auf sich selbst, da er im Weigerungsfalle sie gewiß ganz ent-
erbt hätte. Den Schwur zu halten, war jedoch eine ganz andere
Sache, dazu hielt sie sich eben so wenig verpflichtet, als Herr
Arton sich für verpflichtet gehalten, den Schwur der Treue, den
er seiner ersten Frau öffentlich am Altare in geistlichem Zustande
geleistet, ihr zu halten. Sie aber glaubte, dieselben Rechte wie
ihre Mann — ja bei weitem größeres, entscheidenderes Recht als

er zu haben, da die Idee, welche ihr den Schwur aufgelegt —
eine wahrhaft krankhafte und darum nicht rechtsgültige sei.
Also schlüßerte die junge Frau jedes Bedenken, jede Regung
ihres Gewissens ein, hatte man sie ja von Seiten ihrer Verwandten
gern dem verheiratheten Manne zur Frau gegeben, der doch eigentlich
einer Andern gehörte, freilich nach „veraltenden Begriffen“, nicht
nach den neuen Grundfäden, in denen sie erzogen wurde; und
sie sollte nicht vollständig Herrin über ein Vermögen sein, sondern
dies nicht einmal verwalten, sondern nur nach krankhaft launischen
Begriffen mit einer Andern theilen? Nie, nie und nimmer.
Gräfin Mooren bedurfte mehr Geld als die Wittwe des Ab-
volaten Arton, damit war die Sache abgemacht, und die Gräfin
beunruhigte sich weiter nicht darüber, sie war sogar zufrieden mit
ihrer vernünftigen Art zu denken, wie sie es nannte.
Jahre gingen dahin in Glanz und Berausung. Die Gräfin
ward Mutter, und damit kam eine Wendung in ihre Lebensrichtung,
sie war eine jährliche Mutter. Der glänzende Lebenslauf unter-
haltender, fesselnder Gesellschaft, der Zauber geschmeichelter, be-
friedigter Stilleit erblühte und trat zurück vor der Wahrheit,
welche in der erwachten Empfindung natürlicher Mutterliebe lag.
Das erste Lächeln, die schönen dunklen Augen ihres Erstgeborenen
berauchten die junge Mutter in ganz anderer Weise als Tanz und
Musik und Kunstgenüsse, kurz Gräfin Mooren wurde ein Andere,
seit sie Mutter geworden.
Dem ersten Kinde folgte das zweite, dritte und vierte. Ein
schönes Knabenpaar, lieblichere kleine Mädchen, als Virginie und
Judith konnte man sich kaum denken, alle Welt bewunderte die
wirklich schönen Kinder, die Mutter aber war entzückt von ihnen;
was galt ihr fortan der Salon gegen das Zimmer oder den Gar-
ten, in dem die Knaben spielten, Virginie die ersten Schritte
zum Alleingehen machte, und Judith auf dem Schoße der Wärterin
schlummerte. Und sonderbar, wenn die Gräfin in die kleinen Ge-
seltschafte sah — stand plötzlich das Bild eines dunkelblonden
Knaben vor ihr, so schön wie ihr eigener — sie schrak zusammen,
eine unnenbare Angst erfaßte sie.
Ach wie glücklich waren ihre Kinder, wie umgeben von
Reichtum, von Allem, was sie bedurften — und jener Knabe,
vielleicht darbi er? Sie hatte ihn nur einmal gesehen, es war
der Sohn ihres ersten Mannes, den er sammt der Mutter um
ihre Willen verstoßen — und sie, sie hatte den Reichtum, der
zur Hälfte diesem Kinde gebühren sollte, für sich behalten —
sie hatte den Schwur, den wiederholten Schwur der Theilung
nicht erfüllt!

schiedenheit zurück. Schließlich wurden noch Resolutionen angenommen, durch welche die Regierung ersucht wird, in den nächsten Etat einen Betrag zur Entlastung bedürftiger Gemeinden in den obersten Reichskassen von den Schulden einzuführen, so wie bei den Eisenbahnen thutlich die Arbeiter aus den Reichskassen zu berücksichtigen. — Damit war die L. O. erledigt. — Nächste Sitzung Montag 11 Uhr. — L. O. 3. Lesung des Reichsstaatsgesetzes, 1. Lesung der Novellen zur Kreis- und Provinzialordnung. — Schluss 5 Uhr.

Deutschland.

Berlin, 7. Febr. Ueber das Erscheinen und Verhalten des Reichskanzlers in der Freitagssitzung des Abgeordnetenhauses läßt sich die „Frfr. Btg.“ folgendes Bild entwerfen:

„Schon bei Beginn der Sitzung war es bekannt geworden, daß Fürst Bismarck im Hause erscheinen und an der Debatte über das Verordnungsrecht teilzunehmen werde. Der Zufall wollte es, daß Fürst Bismarck gerade in den Saal trat, als der unter großer Unachtsamkeit des Hauses sprechende Finanzminister seine Rede beendet hatte und der Präsident sich anschickte, dem Abg. Richter das Wort zu erteilen. Man glaubte, daß der Kanzler seiner bekannten Gewohnheit gemäß den Saal verlassen werde. Doch es kam anders. Während des Anfangs der Rede Richters machte sich Bismarck anscheinend mit anderen Sachen zu thun, als wollte er die Meinung hervorheben, daß ihm die Ausführungen des fortgeschrittenen Redners ganz gleichgültig seien. Jedoch bald wechselte das Bild; man sah, wie der Kanzler genau den Deductionen Richters folgte, dieselben mit Zustimmung oder abweichenden Zeichen des Kopfes oder der Hände begleitete und sich zahlreiche Notizen mit dem bekannten Bismarck-Plättchen auf einen vor ihm liegenden Zettel machte. Nicht wenig Heiterkeit erregte es, als Richter mit großer Wärme für die Aufhebung des Schulgelbes eintrat, und Bismarck voller Entzücken ihm einen Aufhänger [!] zuwarf. Nicht weniger erregte die Richters'che Kritik des konservativen Steuerprogramms, welches im Gegensatz zu dem Finanzprogramme des Kanzlers die direkten und nicht die indirekten Steuern als Basis nehmen will, den Beifall des Fürsten. Dagegen sollte sich am Schluss der Rede Richters die Situation mehrmals ändern. Richters Bemerkungen, daß der Reichskanzler die Versprechungen, die er bei Inauguration der neuen Wirtschaftspolitik gemacht, unerfüllt gelassen habe, bezeugen einer großen Miene; Richters Bemerkungen, daß die Arbeitslöhne nicht gestiegen seien, daß der allgemeine Verdienst kein größerer geworden sei, brachte den Kanzler derart in Harnisch, daß er dem Redner laut zurief: „Dies ist unwar!“ Hatte der Abg. Richter bis dahin durchaus in objektiver Weise, ohne persönliche Ausfälle auf den Kanzler gesprochen, so mußte diese Verächtlichkeit der Unwahrheit in dem Tone der Rede eine Veränderung hervorrufen. Mit lauter Stimme rief Richter aus, daß das Land bei Fortsetzung dieses unglücklichen Wirtschaftssystems zu Grunde gehen müsse und mit ihm das System. Dies brachte den Kanzler derart in Aufregung, daß er fast bei jedem Satze in ironischer Weise ein „Sehr gut“ dazwischenrief. Nun glaubte man, daß der Reichskanzler sich einer scharfen Sprache gegen den Abg. Richter bedienen würde, aber auch das traf nicht ein; er ließ wohl oft Streichhölzer auf die Bestrebungen der theoretischen Wirtschaftspolitiker fallen, allein er mußte doch zugestehen, daß er in vielen Punkten mit dem Abg. Richter übereinstimme.“

Belgien.

Brüssel, 4. Febr. Hiesige Blätter bringen heute die Mitteilung, die Hochzeit der Prinzessin Stephanie mit dem Kronprinzen Rudolf von Oesterreich sei für den 23. Mai festgesetzt worden.

England.

Dublin, 4. Febr. Man erwartet, die Landliga werde aufgelöst und ihre Bureauz würden von der Polizei mit Beschlag belegt werden. Die Frauen-Landliga erließ einen Aufruf an die Frauen Irlands zu Gunsten der Unterstützung der ausgewiesenen Pächter.

Aus den Verhandlungen des Abgeordnetenhauses über den Antrag Windthorst betreffend Straflosigkeit des Lebens der heil. Messe und der Spendung der Sacramente.

(Fortsetzung.)

Abg. Dr. Reichensperger (Köln) fährt fort:

Ich glaube weiter, daß, wenn der Herr Minister uns vor Uebertreibungen gewarnt hat, er seinerseits selbst in denselben Fehler gefallen ist. Wenn ich richtig notiert habe, so ging eine Aeußerung des Herrn dahin, daß, wenn unserm Verlangen hier in dieser Sache und im Allgemeinen nachgegeben würde, der

Wie lächerlich! — Die Theilung war ihr ja nur dann auferlegt, wenn sie wieder beiräthe, um der Eifersucht des Herrn Anton genug zu thun. Welcher Unsinn, auch nur an die Klarheit ihres ersten Mannes zu denken, und doch dachte sie jetzt sehr oft, und zwar mit namenloser Angst daran. Das Gefühl der Mutterliebe hätte ihr das Unrecht auf, welches die erste Frau Anton und ihr Kind erlitten; und diese Aufklärung, diese Erkenntnis wollte sich nicht abweisen lassen, wie ein Gespenst fühlte die Gräfin sich und ihre Kinder zuweilen davon umgeben; drohend erhob es sich, blühte sie höhnend an und wollte nicht weichen, wie sehr sie sich auch gegen sein Dasein sträubte. Doch blieben diese Anwandlungen immer noch vereinigt, sie kamen und gingen, wechselten mit andern Vorstellungen.

Jahre flossen dahin, der älteste Knabe zählte deren zwölf. Ein anstehendes, in der Luft herrschendes Scharlachfieber kam auch in das vornehme Haus — der älteste Sohn wurde zuerst davon ergriffen, dann legte sich der zweite — und das schöne Knabenpaar lag nach wenigen Tagen vereint in einem Grabe — kaum zwei Wochen später legte man auch die liebliche, kleine Birgine in dieselbe Gruft zu den vorausgegangenen Brüdern.

(Fortf. folgt.)

Staat vor der Kirche sich beugen müsse. Ich glaube wohl, daß ich diese Aeußerung als eine Uebertreibung mit vollem Rechte bezeichnen kann. (Sehr wahr! im Centrum.) Hat denn irgend Jemand das Bewußtsein gehabt, daß der Staat während 20 Jahren, unter der Regierung Friedrich Wilhelms IV., sich vor der Kirche gebeugt hat? Hat Jemand im Frankfurter Parlament, in der hiesigen Kammer, der für die beseitigten Verfassungsartikel gestimmt hat, es gethan in dem Bewußtsein, ja entfernt nur daran denkend, daß darin ein Beugen des Staates vor der Kirche liege? Und was verlangen wir denn zurück? Wir verlangen die Wiederherstellung jener Verfassungsartikel, die damals, wie Sie soeben gehört haben, von den fortgeschrittenen Liberalen als zum Heile des Staates — das Heil der Kirche lag ihnen wahrscheinlich nicht im Sinne — notwendig vorliegt worden sind. Und der jetzige „Culturkampf“ zeigt, wie sehr diese Männer Recht hatten. Wenn ich nun — ich sehe leider den Herrn Schmidt (Sagan) nicht auf seinem Plage — Abg. Schmidt (Sagan) befindet sich auf seinem Bureau auf dem Bureau (Auf: Da oben ist er! — Heiterkeit) Dadurch steigt natürlich mein Respekt. Wenn ich den Herrn der gestrigen Rede des Abgeordneten richtig aufgefaßt habe, so bestand derselbe darin, daß der Herr Abgeordnete sich als einen Anhänger des sog. Staatsgottes qualifiziert; der Staat soll die christlichen Ideen werthig realisieren. Nun, wir kennen ja diese Doctrin, sie ist vielleicht auch schon sogar in's Wert gesetzt, das will ich zugeben, aber ich glaube, daß der Herr Abgeordnete, der jetzt eben (Abg. Schmidt (Sagan) verläßt das Bureau und nimmt seinen Platz im Hause ein) wieder in die Niederung verabschiedet (Heiterkeit) ich glaube, daß der Herr Abgeordnete, wenn er sich in der Geschichte und im Leben umsehen wollte, zu der Entdeckung kommen müßte, daß mit diesem Staatsgott nur schlechte Gesandte gemacht werden können, daß dieser Staatsgott weiter nichts ist als die Incarnation des Despotismus. (Sehr richtig! im Centrum.) Indessen, ich will den geehrten Herrn in seiner Anbacht vor seinem Gotte nicht weiter stören. (Zuruf des Abg. Schmidt (Sagan).) Der Herr Abgeordnete bemerkte mir eben vertraulich, daß sei nicht viel von mir gesagt. Das „Steinchen“, welches er gestern nach uns geworfen, ist ihm gestern wieder zurückgefallen worden, — hoffentlich ohne ihm zu sehr zu verletzen. Im Uebrigen habe ich wirklich nicht viel aus seinem Munde gehört, was einer Widerlegung bedürfte. (Sehr richtig! im Centrum.) Was die gestrige Rede des Herrn v. Helldorf betrifft, so kann ich mich meinerseits nur einfach demjenigen anschließen, was gestern der Abg. Windthorst in seinem Schlusswort über dieselbe und über den Redner geäußert hat; in einer Beziehung indes glaube ich doch noch auf diese Rede zurückkommen zu sollen. Der Herr Abgeordnete hat im Laufe seiner Ausführungen geäußert, hier in unserm Centrum säßen die erbittertesten Feinde des Liberalismus, das mache es ihm allerdings schwer, in dieser Frage auf unsere Seite zu treten. Ich wundere mich, daß der geehrte Redner bei dem klaren Bild, welches er im Uebrigen zu erkennen gegeben hat, uns vom Centrum so falsch beurtheilen kann, — uns so falsch beurtheilen kann, sage ich, wenn er unter Liberalismus die echte Freisinnigkeit versteht. Sofern er den falschen Liberalismus, die Partei, welche heute dieses Wort auf seine Fahne schreibt, welche die Kirche und Schule verstaatlichen will — denn darauf läuft das ganze System der Maiegegebung hinaus, — wenn er sie als unsere Gegner oder nur als die Seinsgen bezeichnen, dann gebe ich ihm Recht. Aber echte Freisinnigkeit ist uns wahrlich nicht fremd, ich glaube, wir hier sind sogar deren Hauptträger. (Sehr wahr! im Centrum.) In mir steigen Empfindungen aus früherer Jugend wieder auf. Herr v. Hammerstein hat uns eben auf das Frankfurter Parlament hingewiesen, er hat vorgelesen, wie einer der fortgeschrittenen Liberalen über die Freiheit der Kirche im Staate gedacht, wie er sich darüber geäußert hat. Der Liberalismus, welchen die Canning, die Brougham, die Benjamin Constant, die Montalembert proclamirt haben, dessen Träger jüngst noch ein Thorbecke war, ja, der Liberalismus, will ich sogar sagen und damit gebe ich weit, welchen wir noch bei Rottel und Weller gefunden haben, der Liberalismus, der aus dem Munde eines Canning religiöse und bürgerliche Freiheit durch die ganze Welt proclamirt hat, dieser Liberalismus, den ein Brougham in England bekannt hat, dieser Liberalismus ist verschwunden, verschollen, hierorts wenigstens finde ich davon keine Spur mehr, außer in demjenigen, was Herr v. Helldorf gestern gesagt hat. Nun wird hoffentlich Herr v. Helldorf verstehen, in welchem Sinne und nach welcher Richtung hin wir allerdings die Gegner des Liberalismus sind, nicht der echten Freisinnigkeit sind wir abhold, sondern derjenigen Richtung, welche heute zu Tage die Staatsgewalt als Devote auf ihre Fahnen geschrieben hat. Herr v. Bennigsen, auf welchen ich jetzt komme, hat zu einem Mittel Zuflucht genommen, dessen Anwendung ich von ihm nicht erwartet hätte. Er hat sich die Mahnung des Herrn Ministers, sich vor Uebertreibungen zu hüten, nicht zu Gemüthe geführt, er hat mit einem Wort, gestatten Sie mir den Veraleich, die ausgeklopften Clephanten, auf die wir so oft schon Feuer gegeben haben, die aber niemals fallen wollen, hier wieder ins Gefecht geführt. Herr v. Bennigsen hat uns gesagt, der Staat Preußen sei genöthigt gewesen, die Maiege zu erlassen; dem Staate — ich glaube aus seinem Munde gehört zu haben — dem Staate sei der, so schwere Kampf aufgedrungen worden; er hat endlich gesagt, Rom kämpfe gegen Deutschland und die europäischen Staaten. Nun, er ist uns schuldig geblieben, uns zu sagen, durch welche Thatfachen denn die Kirche dem Staat diesen Kampf aufgedrungen hat. Schon das Wort „Kampf“ hätte ich nicht aus dem Munde des Herrn v. Bennigsen erwartet, weiß er doch, wie es hier um die beiden Kämpfenden bestellt ist. Die Einen hier mittellos, nur auf das bloße Dulden angewiesen (Oh! Oh! links), die Andern bis an die Zähne mit allen materiellen Mitteln bewaffnet, und eine zahlreiche Partei steht ihr zu Seite, die der Staatsgewalt Heeresfolge leistet. Aber abgesehen davon, frage ich wiederholt, durch welche Thatfachen ist der Staat Preußen genöthigt worden, durch eine Majorität dieses Hauses und des Herrenhauses die 3. Verfassungsartikel, unter deren Herrschaft wir in Ruhe und Frieden wohnen gelebt haben, in die Luft zu sprengen, Verfassungsartikel, in Bezug auf welche, wie Sie sich erinnern werden — da diese Gründe immer vorgebracht werden, muß ich derartige Reminiscenzen wieder auffrischen — wie Sie sich erinnern werden, in Königsberg von erbabener Stelle aus proclamirt worden ist, daß der Staat sich bei den bestehenden Verhältnissen zwischen Staat und Kirche recht wohl befinden; welche unsere Kirche befallenden Thatfachen, frage ich wiederholt, sind seit jener Zeit vorgekommen?

Sie werden doch jetzt hoffentlich nicht mehr mit dem Dogma der Infallibilität kommen, nachdem Sie aus dem Munde des Fürsten Bismarck gehört haben, die kirchlichen Dogmen gingen den Staat nichts an — gewiß ein sehr richtiges, wahres Wort. Gegen den Staat auch nur genirende Folgen hat wahrhaftig doch bis jetzt jenes Dogma auch nicht gehabt, geschweige denn damals, als der Grundstein zu den Maiegelegen gelegt wurde. Nun, der Herr Abg. Schmidt (Sagan) ist mit seinem „Steinchen“ dem Herrn v. Bennigsen zu Hilfe gekommen, aber das Steinchen — ist, wie gesagt, schon gestern zur Gemüthe gewürdigt worden; überdies hat der Herr Abgeordnete hier in meiner Nähe (Schmidt, Sagan) vergessen, daß dieses Wort, welches in einer Anekdote gefallen ist, mitten in der Hitze des „Culturkampfes“ ausgesprochen wurde, keineswegs also früher irgendwie Veranlassung zu einer Verberlebung zwischen der Staatsgewalt und der Curie gegeben haben kann.

Aber nun die Anzeigepflicht! Unter der Herrschaft der ursprünglichen Verfassung, als die drei jetzt gestrichenen Artikel noch bestanden, wurden ja die Geistlichen bei ihrer Ernennung der Regierung angezeigt, sie mußten ja sogar angezeigt werden, damit ihnen die Gehälter ausbezahlt werden konnten. Das muß man erwähnen, sonst schweigt man von der Anzeigepflicht. Jeder von Ihnen, der den ganzen Gang der Verhandlungen seit dem 70er Jahre im Auge behalten hat, kann, wenn er aufrichtig sein, wenn er unbefangenen Urtheilen will, nicht in Abrede stellen, daß wir hier einem großartigen System gegenüberstehen, einem sehr künstlich zurecht gemachten System, darauf berechnet, wie schon gesagt, die Kirche, wie die Schule zu verstaatlichen. Ich erinnere Sie an den ganzen Hergang des sogenannten „Culturkampfes“. Mit dem Schulaufsichtsgesetz hat es hier begonnen; dann wurde die Action in den Reichstag verlegt, dort der Kantsparagraf beschlossen; dann folgte die Vertreibung der Jesuiten und der verwandten Orden. Dieser Act erinnert mich, beiläufig bemerkt, an einen Ausspruch des französischen Convents, der dahin ging, daß zur Verurtheilung von Priestern es einer Beweisführung nicht erst bedürfte. Die Vertreibung der Jesuiten und der verwandten Orden, später dann aller weiteren Orden bis auf die Krankenpflege sich widmenden, welchen man noch ein Dasein während 4 Jahren fristen lassen wollte, — diese Vertreibung der Orden kommt und sonderst — mit der eben gedachten einzigen Ausnahme — die zum Organismus der katholischen Kirche gehören, diese Vertreibung deutet sehr klar darauf hin, nach welchen Zielen hier das ganze System sich richtete. Herr v. Bennigsen hat von einem Kampf gegen Deutschland und die europäischen Staaten gesprochen. Ich glaube, Herr v. Bennigsen kann selbst unmöglich bestreiten, daß er sich damit einer starken Uebertreibung schuldig gemacht hat. Ich bitte ihn, doch einmal Umschau zu halten. Kämpft etwa die Curie gegen Frankreich oder kämpft Frankreich gegen die Curie? Wer bekämpft in Belgien, wo der Radicalismus, wie in Frankreich, jetzt die Oberhand hat, gegen den Andern? Doch wahrlich ist die dort jetzt herrschende Partei der angreifende Theil. War denn jemals von einem Kampf die Rede seit dem Tage der Errichtung der Constitution von 1830, unter welcher Belaien fast 30 Jahre hindurch eine friedliche, blühende Existenz führte? Sehen Sie sich selbst in Deutschland um; sehen Sie nach Oesterreich! Kämpft denn etwa die Curie gegen Oesterreich? Ja, bleiben wir in unserm deutschen Reiche. Kämpft die Curie etwa gegen den Staat Württemberg? Sehen Sie uns dann wenigstens doch dasjenige, was Württemberg an Religionsfreiheit hat. Dort besteht kein Kampf zwischen der Curie und dem Staate. Aber sehen Sie in ein benachbartes Land, in ein Land, worin numerisch das Verhältniß der Confessionen ungefähr dasselbe ist, wie hier in Preußen, sehen Sie nach Holland hin, nach Holland mit seinen orantischen Traditionen, welche der katholischen Kirche fast ebenso feindlich waren, wie die früheren Gefinnungen der Engländer. Um Ihnen in Kürze, statt mit vielen Worten von meiner Seite, zu charakterisieren, wie es in Holland steht, gestatten Sie mir — der Herr Präsident wird wohl nichts dagegen haben, es sind nur wenige Zeilen — gestatten Sie mir, etwas aus einer Rede vorzulesen, welche der niederländische Justizminister vor Kurzem in der Kammer gehalten. Er hat da unter Anderem gesagt, die Glaubensüberzeugung Anderer verdiene eben so viel Achtung, als Gesetz und Recht. (Hört! Hört! im Centrum.) Er werde die Interessen beider Religionsparteien zu vereinigen trachten. In 15 Monaten, während welchen er Minister gewesen, habe keine Verfolgung irgend eines Geisteslichen stattgefunden. „Was man auch sagen möge“ — so äußerte sich der Minister zum Schluss — „Europa drohe noch vor dem Ende des Jahrhunderts eine sociale Umwälzung, wogegen alle bisherigen politischen Revolutionen nur Kinderpiel gewesen.“ „Welche allein helfen nicht dagegen. Die das glauben, denen rufe er zu: Revolviert euch selbst!“ Alle, denen die Vaterlandsliebe über die Parteilichkeit geht; Alle, welche die Religion im Herzen tragen und wirklich religiös sind; Alle, denen das Recht nicht in Gefesselsfabrikation besteht — (Hört! Hört! im Centrum), welche noch eine objective Macht, die wirklich existirt: sie Alle sollen sich vertragen: gegenseitig würdigen, allen Parteilichkeit fahren lassen und nur sich einander aus Recht und Wahrheit achten. (Sehr gut! im Centrum.) — So hat in einem vorberühmten protestantischen Staate mit orantischen Erinnerungen der Justizminister offiziell gesprochen. Aber Sie werden vielleicht — ich vermute das fast — diesen Mann zu einem reactionären Kryptokatholiken stempeln. Ich glaube in der That, Sie sind dazu fähig, haben Sie doch schon so Manches in der Art geleistet. (Sehr gut! im Centrum.) In dieser, doch wenigstens denkbaren Voraussetzung erinnere ich Sie noch an einen andern Mann, der Sie so oft im „Culturkampf“ geführt hat, der immer wenigstens in den ersten Reihen der „Culturkämpfer“ stand.

Ich erinnere Sie an Ihren Herrn v. Sybel. Es ist gut, daß man sein politisches Testament Ihnen in Erinnerung bringt, in welchem er sehr merkwürdig alles gesagt hat, in welchem er wohl nicht nach allen Richtungen hin für dasjenige Buße thun wollte, was er bis dahin gesündigt hatte, ein Testament, welches ihm zur Ehre gereicht, weil er wenigstens in einigen Punkten offen gegen sich selbst für die Wahrheit Zeugnis abgelegt hat. „Der Staat“, so heißt es in seinem Abschiedsschreiben, „wollte damit (mit dem Gesetz vom 11. Mai 1873 und 20. Mai 1874) die Befreiung kirchlicher Aemter durch unbrauchbare oder böswillige Personen verhindern: was er erreicht hat, ist die gänzliche Verdrängung von 8 Bisthümern und 1400 Pfarren und in Folge dessen die tiefste Erbitterung gegen den Staat von Seiten seiner Angehörigen. Der Staat kam in die äußerst ungünstige Lage,

durch fortge-
vergeblich er-
blieb unbefes-
immer wach-
folgt der er-
Bischof die
Aber trotz
daß für die
ser, sondern
von Gemein-
trifft die un-
Röthige ge-
Pfarren
„Pflicht“ und
einen Feind
zumal wenn
eine Gefahr
Ihre Seite de-
Jenen? (H-
Mahnungen
jedenfalls die
von Herrn v.
Hoffnung hin-
von der Red-
kommt, oder
rung die In-
Güßbaumes
kampf Verber-
Bravo! im
Abg. Dr.
iden Zeitun-
schuldig, daß
bat (Sehr w-
wunderlich, d-
daß bat, sich
auszubilden.
ist nicht an
ist neben der
Erfolg bleibe-
bat Herr v.
Bourtheile ge-
im Centrum)
Kreise, welch-
schädel haben,
schauungen für
beherstet we-
tung eines
confessionellen
man nicht v-
Staat noch e-
augenblicklich
sem Augenbl-
ordnete in de-
zunächst die
geblüht, „evan-
führung über-
fuge des deut-
seffionellen
bilde bei dem
besten wissen.
teit) weiß ich
sonelle das
deutsche Reich
Fünfzehn
solche Dinge
Niemand!) (J-
aber diese ist
der Idee, un-
Bennigsen fre-
Nach dem, v-
habe ich jetzt
den als je,
Königsgras.
in der Presse
Katholicismus
reich und da-
brochen hatte
abzuwerfen u-
das Schwert
Oh!) So lo-
gewicht halter-
die Politik fr-
tiefen Mach-
hat man den
der Anfang
Entwickelung
konstruirt wu-
bei dieser
sen der Kath-
winnen, gera-
testanten für
Friedensinstru-
halten worden
man fähig f-
nerität zu ur-
zu Grunde g-
(Sehr wahr!
Zu denen
v. Bennigsen
rung des Ra-
er kann die
von Seiten d-
Stimmen für
v. Bennigsen
bei denen, v-
haben, und d-
Einrichtungen
des jetzweilig-
morgen dieses
verfassungstei-
Bennigsen,
er es zu sein

durch fortgesetzte Verfolgung ein Nichtthun zu strafen, ein Thun vorzuziehlich erzwingen zu wollen. Jedes leer gewordene Kirchenamt blieb unbesezt; das Interdict in moderner Form legte sich in immer wachsender Ausdehnung über das Land. Allerdings verfolgte der erste Satz des Gesetzes vom 11. Mai, welcher dem Bischof die Anzeigepflicht auferlegte, einen höchst berechtigten Zweck. Aber trotz alledem führt er zu der materiellen Ungerechtigkeit, daß für Vergehen des nicht anzeigenden Bischofs nicht bloß die Feinde, sondern der gesammte Pfarrklerus und eine wachsende Zahl von Gemeinden bestraft wird. Gewiß, die erste Verantwortung trifft die uns feindselige Kirche; — ich habe darüber schon das Nöthige gesagt — „aber was hilft es dem Staat, wenn weder Pfarrklerus noch Gemeinden es glauben?“ Er sagt weiter: „Pflicht und Ehre des Gesetzgebers ist es, wo er in seinen Werken einen Fehler erkennt, ihn aus freiem Entschlus zu verbessern, zumal wenn derselbe nicht bloß ein Unrecht gegen Dritte, sondern eine Gefahr für den Staat in sich schließt.“ Haben Sie seitdem Jerechts vom Herrn v. Seydel den Aufschied gegeben, oder er Jönen? (Heiterkeit.) Wenn aber Sie (links) für alle diese Mahnungen und Warnungen keinen Sinn haben, dann soll die Mahnung die Staatsregierung solche Mahnungen, wie sie selbst von Herrn v. Seydel kommen, beherzigen. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß, wenn unser Antrag verworfen wird, entweder von der Rechten Seite ein wirkliche Abhilfe gewählender Antrag kommt, oder, was noch erwünschter wäre, daß die Staatsregierung die Initiative ergreift, daß sie die Aere an die Wurzel des Giftbaumes legt, welcher leider schon viel zu lange als Kulturkampf Verheerungen in unserem Lande angerichtet hat. (Lebhaftes Bravo! im Centrum.)

Abg. Dr. Windthorst: Nach der eben gehörten oratorischen Leistung des Herrn von Bennigsen bin ich ihm das Zeugniß schuldig, daß er alle früheren Kulturkampsreden weit übertroffen hat (Sehr wahr! im Centrum), und das ist ja auch gar nicht so wunderbar, da er während seines langen Schweigens Mühe gehabt hat, sich an den Lehren und Beispielen vieler Vorgänger auszubilden. Seine heutige Rede in ihrem wesentlichen Inhalte ist nicht an die Adresse dieses Hauses gerichtet (Sehr wahr!) sie ist neben der Hauptdringung, in der sie jedoch hoffentlich ohne Erfolg bleiben wird, wesentlich an die Wähler gerichtet. Was hat Herr v. Bennigsen anders gethan, als die protestantischen Vorurtheile gegen uns aufzureizen bis zum Siedepunct (Sehr richtig! im Centrum), und ich habe allerdings anzuerkennen, daß die Kreise, welche vortagsweise nationalliberale Vertreter hierher geschickt haben, ihrer Composition nach unter Einflüssen und Anschauungen stehen, welche von diesen protestantischen Vorurtheilen beherrscht werden. Ob es edel staatsmännisch ist, in der Vertretung eines paritätischen Staates einen solchen Appell an die confessionellen Leidenchaften zu erlassen, besonders dann, wenn man nicht von der Aspiration frei ist, in diesem paritätischen Staat noch eine hervorragende Stellung zu bekommen, will ich augenblicklich nicht erörtern. Meine Hauptaufgabe ist es, in diesem Augenblicke die zwei Punkte zu erörtern, welche der Abgeordnete in den Vordergrund seiner Ausführungen gestellt hat: zunächst die wiederholte Betonung und Aufrechterhaltung eines angeblich „evangelischen“ Kaiserthums, und dann zweitens die Ausführung über die Maximen der römischen Curie. Ob das Gefüge des deutschen Reichs bereits so fest ist, daß es einen constitutionellen Haß der tiefsten Art verträgt, muß ja der Hauptgegner bei dem Ausbau dieses Reichs, Herr von Bennigsen, am besten wissen. Ob der Meister den Gefellen loben wird (Heiterkeit) weiß ich nicht, das aber weiß ich bestimmt, wenn der confessionelle Haß in solcher Weise geführt wird, dann wird das deutsche Reich dabei nicht bestehen; (Sehr richtig! im Centrum) Fünfzehn Millionen und darüber in einem Staatswesen lassen sich solche Dinge nicht gefallen. (Sehr richtig! im Centrum. Auf: Niemand!) Ja, in diesem Augenblicke haben Sie die physische Gewalt, aber diese ist immer noch niedergerungen worden durch die Macht der Idee, und fünfzehn Millionen vermögen auch etwas! Abg. v. Bennigsen fragt, wo und wann ist der Kulturkampf entstanden? Nach dem, was er hier vorzutragen kein Bedenken gehabt hat, habe ich jetzt auch gar kein Bedenken, noch bestimmter auszusprechen als je, der „Kulturkampf“ datirt vom Schlachtfelde von Königgrätz. (Sehr richtig! Hört! hört!) Damals wurde bereits in der Presse verhandelt, es sei die Entscheidungsschlacht zwischen Katholicismus und Protestantismus, und nachdem man Oesterreich und damit die Majorität der Katholiken in Deutschland gebrochen hatte, da hat man kein Bedenken getragen, die Masse abzuwerfen und gegen uns Front zu machen, um, was man durch das Schwert nicht konnte, durch das Gesetz zu versuchen. (Ob! Ob!) So lange eine katholische Macht da war, die das Gegengewicht halten konnte, hat man sich wohl gehütet, da machte man die Politik freundlicher Gesinnung gegen die Katholiken; nachdem diese Macht nicht mehr ist, fand man es nicht mehr nöthig; da hat man den Degen gezogen, um uns zu vernichten. Da liegt der Anfang des „Kulturkampfes.“ Unter solchen Auspicien ist die Entwicklung bis zu dem Punkte vorgeschritten, wo das deutsche Reich contruit wurde. Wir haben damals den ersten Versuch gemacht, bei dieser Constitution für die kirchlichen und religiösen Interessen der Katholiken in Deutschland die nöthigen Garantien zu gewinnen, gerade so wie nach dem dreißigjährigen Kriege die Protestanten für ihre Kirche und ihre Angehörigen in dem damaligen Friedensinstrumente ihre Garantien gefunden haben, die treu gehalten worden sind. Man hat uns diese Garantien angeklagen, man hätte sich fast genug, ohne alle Widerrede die kleine Minorität zu unterdrücken, und ich sage Ihnen, wir werden lieber zu Grunde gehen, als uns diese Stellung gefallen zu lassen. (Sehr wahr! Bravo!)

Zu denen, die diese Garantien verweigerten, gehört auch Herr v. Bennigsen, und wenn er behauptet, wir hätten der Constitution des Kaiserthums widersprochen, so sage ich, das ist unwahr, er kann die Abkündigung über die Verleibung der Kaiserwürde von Seiten des Reichstages nachsehen und er wird alle unsere Stimmen für den Kaiser finden. Diese Behauptungen des Abg. v. Bennigsen sind mitbin geschichtlich unwahr und ich bleibe dabei stehen, daß wir ein „evangelisches“ Kaiserthum gar nicht haben, und die Institution des Kaiserthums und die gesammten Einrichtungen des Reichs sind von dem confessionellen Belanntniß des jetzigen Oberhauptes absolut unabhängig, so daß, wenn morgen dieses Oberhaupt katholisch wäre, in der ganzen Reichsverfassung kein Jota geändert würde. Glaubt denn Herr von Bennigsen das Färken auf dem Thron so engberzig find, wie er es so sein scheint, daß sie bei aller Treue gegen ihre eigene

Gerrenstraße 16 vom 15. April ab auf drei Jahre vermietten will. Der Hr. Commisarius scheint demnach auf eine baldige Beilegung des Culturkampfes laun zu rechnen.

Coblenz, 7. Febr. Laut der Cobl. Volksztg. wurde kürzlich ein Sergeant hiesiger Garnison, welcher einen Rekruten auf der Stube mit dem Peitschenhiele einmal gefchlagen und einen andern Rekruten, welcher während des Dienstes verbotener Weise Tabak rauchte, gezwungen hatte, den Tabak herunterzuschleuden, vom Kriegsgericht begrabt und zu fünfzehn Monaten Zerkerkung verurtheilt. Der Sergeant ist bereits zur Abkündigung dieser Strafe nach Köln überführt worden.

Dellwig, 2. Febr. Der Ess. Bztg. wird geschrieben: Heute Nachmittag ging hier das Pferd eines Brennerreibstegens aus Oberhausen mit Wagen durch und rannte in vollem Galopp den sogenannten Reuenberg hinunter. Niemand war in dem Moment im Stande, das Thier zum Stehen zu bringen. Bei der katholischen Schule wurden die beiden Zänassen, Knaben, von dem Wagen in einen Graben geworfen und kamen zum Glück mit dem bloßen Schreck davon. Als das Pferd sich nun um eine Ecke bog, schlug der Wagen um und traf einen 65jährigen Mann, welcher nicht unbedeutende Verletzungen erlitt. Im Interesse der allgemeinen Sicherheit dürfte es liegen, wenn mit der Leitung solcher Pferde erwachsene Leute und nicht Kinder betraut würden.

Unna, 4. Febr. In der heutigen Sitzung der Strafkammer zu Dortmund wurde, wie die W. Z. mittheilt, der Commis C. v. W. von hier, der am 7. December 1880 seinem Gefattervater durch einen Hammer Schlag den Schädel schwer verletzte, zu einer Gefängnißstrafe von 5 Jahren verurtheilt. Ferner hat er dem Verletzten eine Wunde von 1200 M. zu zahlen.

Vermischtes.

-- (Für Tabakraucher.) Vielleicht ist es diesen Herren unbekannt, daß ein Mönch die Tabakpflanze entdeckt und daß ein anderer Mönch deren Gebrauch gegen die verschiedenen Angriffe vertheidigt hat. Als nämlich die Spanier 1488 zum ersten Male nach Amerika kamen, bemerkten sie, daß sich die eingebornen Indianer mit dem Rauche von Blättern, die sie auf glühende Kohlen warfen, aufzuheitern, zu begeistern und zu berauschen pflegten. Roman Pane, ein Dominikaner, den Columbus bei seiner zweiten Reise in Amerika zurüchtele, machte nun 1496 die Entdeckung, daß die zu solchen Räucherungen benutzten Blätter von einer Pflanze stammten, die in der Provinz Tabago wild wächst, und gab daher der letzteren, nach ihrem Fundorte den Namen „Tabak.“ Im Jahre 1559 brachte Fernandez de Toledo ihren Samen nach Portugal, von wo er durch den französischen Gefandten Jean Nicot nach Paris gesandt wurde. Anfangs wurde die Pflanze nur zu medizinischen Zwecken, namentlich in der Form von Schnupftabak benutzt, bis zuerst die Engländer um das Jahr 1580 aus thönnernen Pfeifen, die Franz Drake in Virginien von den Wilden hatte gebrauchen sehen, sie zu rauchen angingen. In Deutschland wurde diese neue Gewohnheit erst im dreißigjährigen Kriege bekannt, als König Jakob I. von England seinem Schwiegersohne Friedrich von der Pfalz 1625 Hülfsstruppen schickte. Diese sowohl als die schwedischen Soldaten Gustav Adolf's rauchten, weswegen sie von den Bauern Norddeutschlands nicht nur angehaßt, sondern selbst verachtet wurden. Als einem solchen ein Schwere eine Pfeife anbot, gab er zur Antwort: „Nee, gnädiger Herr Dävel (Teufel), ich frette (fresse) keen Frier (Feuer).“ Auch die Regierungen glaubten aus politischen Gründen Anfangs der Sitte des Rauchens entgegenzutreten zu sollen. Jakob I. von England legte auf den Tabak eine sehr hohe Steuer, in der Türkei und in Rußland unterlagte man 1623 und 1634 das Rauchen bei Strafe des Nasenab Schneidens und noch 1891 stand auf dem „lieberlichen Wert des Tabaktrinkens“, wie die bezügliche Verordnung sich ausdrückte, in Lüneburg wegen der damit verbundenen Feuergefahr die Todesstrafe. Tagegen haben die Jesuiten in Polen im Anfange des sechzehnten Jahrhunderts ein Buch herausgegeben, worin sie diesen Gebrauch in Schutz nehmen. Bis zur Stunde wird noch darüber gestritten, ob das Rauchen der Gesundheit nützlich oder schädlich, oder gleichgültig für dieselbe sei. Während in England von Aerzten eine Gesellschaft gebildet wurde, welche dieser Gewohnheit im Interesse des menschlichen Wohls entgegenzuwirken bestimmt ist, behauptet ein Franzose Namens Demeaux in einer bei der Pariser Akademie eingereichten Denkschrift, „daß die männliche Bevölkerung des Norddepartements in Folge des Tabakrauchens gekünder geworden sei.“ Wer hat jetzt Recht? O menschliche Wissenschaft! Während sich die Gelehrten also streiten, verbrauchen die Gelehrten und Ungelehrten in Europa jährlich etwa fünfzehnhundert Millionen Pfund Tabak durch Mund und Nase, und singt der Bürgermann beglücklich das Liedchen:

Wenn mein Pfeifchen dampft und glüht,
Und der Rauch von Blättern
Sanft mit uns die Nase zieht,
Laud's! ich nicht mit Göttern;

während der lustige Student den Vers erschallen läßt:

Knaßer den gelben
Sat uns Apoll' präparirt,
Und uns denselben
Retommandirt;

der Soldat aber mit Pfeffel's „altem Quaren“ übereinstimmt:

Vor Prag verlor ich auf der Streife
Das Wein durch einen Schuß,
Da griff ich erk nach meiner Pfeife
Und dann nach meinem Fuß.

Fruchtpreise zu Neuß am 8. Februar.

Weizen	1. Qual.	21 90	Safer	14 50
	2. „	20 90	Rüben (Weel)	—
	3. „	—	Raps 1. Qual.	27 —
Landroggen	1. Qual.	20 60	„ 2 Qual.	25 50
	2. „	19 60	Kartoffeln	5 50
Winter-Weizen	1. Qual.	—	Sen	10 —
Strohweizen	2. „	—	Regenstroh per Schock	—
			a 600 Kilo.	43 —
Weizen und Roggen niedriger.				
Rübsl per 100 Kilo in Parttheen von 100 Ctr.				58 —
Rübsl per 100 Kilo saßweise				60 —
Gerästeltes Oel per 100 Kilo 3. — W. höher als Rübsl.				
Preßhefen per 1000 Kilo				147 —
Weizen-Vorfuß 00 per 100 Kilo				81 50
Kleien per 50 Kilo				5 90
Rüben niedriger.				

Fruchtpreise zu Neuk am 8. Februar.						
Weizen	1. Qual.	21	90	Safer	14	50
	2. "	20	90	Rüben (Avel)	—	—
	3. "	—	—	Raps 1. Qual.	27	—
Landroggen	1. Qual.	20	60	2. Qual.	25	50
	2. "	19	60	Kartoffeln	5	50
Winter-Gerste	—	—	—	Sen	10	—
Dachweizen	1. Qual.	—	—	Roggenstroh per Scho	43	—
	2. "	—	—	a 600 Rilo.	—	—
Weizen und Roggen niedriger.						
Rüßl	per 100 Rilo in Partieen von 100 Ctr.	58	—	—		
Rüßl	per 100 Rilo laßweise	60	—	—		
Gereinigtes Oel	per 100 Rilo 3.—	DR. höher als Rüßl.				
Breßknien	per 1000 Rilo	147	—	—		
Weizen-Vorßuß	00 per 100 Rilo	81	50	—		
Reien	per 50 Rilo	5	30	—		
Ruchen niedriger.						

